

Gisela Notz, Berlin

Die Frauenfriedensbewegung im Kalten Krieg

In den letzten beiden Jahren vor allem treibt mich die Frage um, warum die Menschen aus der Geschichte nicht lernen. Warum haben sie aus den Erfahrungen der beiden großen Weltkriege mit den vielen Verlusten nichts gelernt? Warum herrscht – auch bei weiten Teilen der Feministinnen – die Ansicht vor, man könnte, indem man Bomben auf ein Land wirft, Konflikte lösen? „Bei der Furchtbarkeit der gegenwärtig erreichten und noch immer steigende Waffentechnik, bei der Massenhaftigkeit der Streikkräfte wird der nächst Krieg wahrlich kein ‚ernster‘, sondern ein – es gibt gar kein Wort dafür – ein Riesenjammer-Fall sein“. Das schrieb Berta von Suttner (1843-1914) in ihrem pazifistischen Roman „Die Waffen nieder“ aus dem Jahre 1889. Sie war eine große Pazifistin und eine Wienerin. Das war 15 Jahre vor dem ersten Weltkrieg, und heute 134 Jahre später ist kein Ende des Riesenjammer-Falls abzusehen. In meinem Beitrag beziehe ich mich vor allem auf die Frühphase der Bundesrepublik Deutschland. Und auf die Frühphase des Kalten Krieges. Dabei werde ich kurz auf die (Wieder)Gründung der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit IFFF und etwas ausführlicher auf die beinahe vergessene Neugründung der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung (WFFB) eingehen. Anschließend gehe ich auf die *Frauen für den Frieden* der 1970er und 1980er Jahre ein, die – wenn auch möglicherweise unbewusst, an die Aktivitäten der Frühphase des Kalten Krieges ansetzen konnte. Einen besonderen Schwerpunkt lege ich auf die pazifistische Grundpositionen, die – wie gerade heute wieder zu sehen ist – von bleibender Aktualität sind.

Wie kam es zur Nachkriegsfriedens-Bewegung?

Nach dem schrecklichem Zweiten Weltkrieg – Deutschland war zu weiten Teilen zerstört - sind die Christlich Demokratische Union (CDU) gemeinsam mit der Christlich Sozialen Union (CSU) bei der ersten westdeutschen Bundestagswahl in der neu gegründeten Bundesrepublik 1949 als Sieger hervorgegangen. Bundeskanzler wurde Konrad Adenauer (CDU), der zugleich Vorsitzender der Mitte-Rechts-Partei war und sie binnen weniger Jahre zur stärksten Partei in Westdeutschland machte. Alle Pläne, eine gesamtdeutsche Verwaltung zu schaffen, scheiterten. Deutschland war zunächst vier- und dann dreigeteilt. In der unterschiedlichen Politik der Besatzungsmächte Frankreich, Großbritannien, der USA und der UdSSR wurde der Grundstein für den Kalten Krieg und die spätere Teilung Deutschlands gelegt, die mit einem unversöhnlichen Antikommunismus einherging, unter dem auch die Frauenfriedensbewegungen zu leiden hatten. Die ablehnende Haltung der Bundesregierung

gegenüber dem Vorschlag des zweiten deutschen Staates, der im gleichen Jahr gegründeten Deutschen Demokratischen Republik (DDR), mit Ministerpräsident Otto Grotewohl, Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) an der Spitze, im November 1950 Wahlen in ganz Deutschland durchzuführen, erschien vielen Menschen unverständlich. Versuche, den Bundestag zur Diskussion oder zur Annahme des Vorschlags zu bewegen, scheiterten. Viele Männer und Frauen des weithin zerstörten Deutschland wollten gar nicht glauben, dass es sich bei den unmissverständlichen Äußerungen der Politiker, darunter auch Konrad Adenauer, Deutschland wolle nie wieder Krieg und die deutsche Wehrmacht solle der Vergangenheit angehören, lediglich um Lippenbekenntnisse gehandelt hatte. Ihre Meinung, dass ein neuerlicher Krieg nicht drohen könne, weil nur Verrückte daran denken könnten, einen solchen anzuzetteln, änderte sich mit einem Schlag, als 1950 nach Beginn des Koreakrieges die Parolen über eine Gefahr aus dem Osten zunahmen, vor der sich auch die neugegründete Bundesrepublik angeblich schützen müsse.

Adenauer hatte noch 1947 – vor Gründung der Bundesrepublik - unmissverständlich geäußert: "Wir sind einverstanden damit, dass unsere reine Kriegsindustrie zerstört wird, und dass wir nach beiden Richtungen hin einer langen Kontrolle unterworfen werden. Ja, ich will noch weiter gehen: ich glaube, dass die Mehrheit des deutschen Volkes damit einverstanden sein würde, wenn wir wie die Schweiz völkerrechtlich neutralisiert würden". Auch Bundespräsident Theodor Heuss hatte in einem Interview mit der durch die Amerikaner herausgegebenen Zeitung betont, dass er sich "selbst wenn die Alliierten die Schaffung einer deutschen Wehrmacht vorschlagen würden", dagegen wehren würde.¹ Politiker aller Parteien – u. a. auch Franz Josef Strauß (CDU) – sprachen sich gegen die Wiederbewaffnung aus. Die Bevölkerung wählte sich sicher. Die Meinung, dass nach den schrecklichen Erfahrungen zweier Weltkriege ein neuerlicher Krieg nicht drohen könne, änderte sich schlagartig, als nach Beginn des Koreakrieges 1950 bekannt wurde, dass Bundeskanzler Adenauer die Wiederbewaffnung für die Bundesrepublik vorbereiten ließ.

Vor allem Frauen, die bereits zwei Weltkriege erlebt hatten und den Spruch: *Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus* auf ihre Fahnen geschrieben hatten, befürchteten, dass eine Aufrüstung der Bundesrepublik die Gefahr eines erneuten Krieges beinhaltet und die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten verhindern würde.

Wiedergründung der IFFF

Etliche Frauen schlossen sich erneut in der IFFF zusammen, die sich nach der Auflösung 1933 nach 1945 in der BRD wieder gründete. Magda Hoppstock-Huth (1881-1959), die

¹ Zit. nach Küster; Steinmann: Die Westdeutsche Frauenfriedensbewegung, 224 f.

bereits seit 1916 Mitglied in der IFFF war und 1946 vom englischen Stadtkommandanten in die *Ernannte Hamburgische Bürgerschaft* berufen worden war, mit dem Auftrag als Neugründerin der IFFF die Interessen der Frauen zu vertreten, baute die Organisation in den drei Sektoren der westlichen Alliierten wieder auf. Innerhalb kurzer Zeit nach Zulassung der IFFF in den westlichen Sektoren entstanden Gruppen in vielen Städten. Die KZ-Überlebende hatte sofort zu anderen Ligafrauen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene Kontakt gesucht. 1949 wurde sie sowohl als Vorsitzende der Deutschen Sektion bestätigt wie auch in den internationalen Vorstand berufen, dem sie bis 1953 angehörte. Hoppstock-Huth trat für die totale Abrüstung in allen Ländern ein. Im ersten Aufruf der IFFF-Frauen, die den Faschismus überlebt hatten, heißt es „(...) den Einfluss des noch bestehenden Faschismus auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens auszumerzen und das Denken zu befreien von dem Ungeist völkischer Überheblichkeit und des Rassenhasses. (...) Wir wollen beitragen zu der Erkenntnis, daß nur gegenseitige Achtung und gegenseitiges Vertrauen die Kräfte sind, auf deren Grundlage das Zusammenleben der Menschen und Völker neugestaltet werden kann.“² In der späteren DDR kam es zu keinen Neugründungen der IFFF. Ihre Aufgaben sollten vom Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD) übernommen werden.

In Österreich – wo die IFFF 1938 aufgelöst worden war - bildeten sich nach dem Zweiten Weltkrieg zwei Organisationen die die Nachfolge der IFFF beanspruchten. Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit Gruppe Yella Hertzka, benannt nach der Wiener Frauenrechtlerin und IFFF Vorstandsmitglied Yella Hetzka (1873-1948) existierte bis 1955 und die Sektion Österreich der IFFF bis 1980.

Die Westdeutsche Frauenfriedensbewegung (WFFB)

In Westdeutschland schrieben viele Frauen nach dem Bekanntwerden von Adenauers Vorhaben der Wiederaufrüstung und unter dem Eindruck der zunehmenden Ost-West-Konfrontation leidenschaftliche Protestbriefe gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik, für eine friedliche Verständigung der Staaten, für die Aussöhnung mit dem Osten und die Wiedervereinigung an den Bundeskanzler, die entweder gar nicht oder nur von der Kanzlei beantwortet wurden. Die Frauen kamen zu der Erkenntnis, dass es an der Zeit sei, sich mit Gleichgesinnten zu solidarisieren. Eine der zentralen Aktivistinnen die 1951 westdeutsche Frauen zu einem Frauenfriedenskongress gegen die die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik mobilisierten, war Klara-Marie Faßbinder (1890-1974), die bereits während des Ersten Weltkrieges zur Pazifistin geworden war. Der gemeinsame Wille, ihrer

² <https://www.wilpf.de/die-liga/geschichte/>

Mitstreiterinnen friedenspolitisch aktiv zu werden, führte dazu, dass sich am 14.10.1951 fast 1000 Teilnehmerinnen des „Kongress der Frauen und Mütter für den Frieden“ in Velbert, einer Stadt in NRW in der Nähe von Düsseldorf, über Klassen, Parteien und weltanschauliche Unterschiede hinweg, zusammenfanden. Auf dem Kongress hatte Faßbinder ein beeindruckendes Referat über die Notwendigkeit der Erziehung zum Frieden gehalten, das, wie sie selbst sagte, richtungsweisend für die Zukunft sein sollte.³

Im Anschluß an den Kongreß wurde die *Westdeutschen Frauenfriedensbewegung* (WFFB) gegründet, die eines der wichtigsten über- und außerparteilichen Organe des Frauenprotests gegen die Wiederbewaffnung der BRD wurde. Ihren Namen erhielt sie allerdings erst während einer Friedenskonferenz in Göttingen im Februar 1952.

In ihrer Gründungserklärung verdeutlichten die Frauen der (WFFB):

Die WFFB „umfaßt Frauen verschiedenen Standes und verschiedener Berufe, verschiedener innenpolitischer Auffassungen, verschiedener Weltanschauungen und religiöser Richtungen. Sie will in allen Frauen das Bewußtsein ihrer Verantwortung für die Gestaltung des öffentlichen Lebens wecken, damit sie gemeinsam arbeiten für die Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes, für Abrüstung bei uns und in der Welt, für die Freihaltung unseres Bodens von atomaren Waffen, einerlei, wer sie besitzt und wo sie hergestellt sind, für eine Verständigung unter den Völkern trotz ihrer Verschiedenheiten. Sie will den Frieden in der Welt, ohne den auf die Dauer kein leibliches, geistiges und seelisches Wohlergehen unter den Menschen herrschen kann.“⁴

Die Vorsitzende wurde die überzeugte Pazifistin Klara Marie Faßbinder (1890 – 1974), die an der Gründung wesentlich beteiligt war. Im Mai 1952 erschien erstmals die Monatszeitschrift *Frau und Frieden* als Organ der WFFB.

Auch Frauen, die niemals einer Frauenbewegung angehört hatten und die es vorher abgelehnt hätten, sich einer Frauengruppe zu nähern, waren nun der Überzeugung, dass es Frauen sein müssen, die Widerstand leisten sollten. Einige warfen sich wohl auch selbst vor, dass sie viel zu lange geschwiegen hatten. Sie wollten ihr „unpolitisches“ Verhalten nicht fortsetzen und sie konnten nicht verstehen, dass (nicht nur) Parlamentarierinnen die Politik Adenauers und seiner Anhänger unterstützten. In ausdrücklichem Bezug auf Bertha von Suttner und unter dem Motto „Wir sind die Hüterinnen, Wachen ist unser Auftrag, unser Amt ist der Friede“, war es das Ziel der WFFB, der Stimme der Frauen als „Bewahrerinnen des Lebens und des Friedens“ öffentlich Gehör zu verschaffen. Viele Mitglieder hatten aus den eigenen Erlebnissen zweier Weltkriege

³ Westdeutsche Frauenfriedensbewegung (Hrsg.): das Geheimnis von Velbert, Bonn o.J., S. 9.

⁴ aus dem Faltblatt: Was ist, was will, was tut die Westdeutsche Frauenfriedensbewegung? (o.J.), S. 2.

die Erkenntnis gewonnen, dass alle Kraft aufgewendet werden muss, um weitere Kriege zu verhindern, und diese Kraft vermuteten sie in erster Linie bei den Frauen. Sie organisierten Friedenstreffen, bemühten sich um eine Vernetzung der WFFB-Aktivitäten mit der internationalen Friedensbewegung und versuchten auf zahlreichen internationalen Reisen den Gedanken der Verständigung und Versöhnung voranzubringen.

Die WFFB arbeitete mit der Weltbewegung der Mütter und mit der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) und in anderen Organisationen, deren Programme frauen- und friedenspolitische Anliegen verknüpften, zusammen.

1956 reiste die WFFB mit sechs Frauen, einer IFFF-Delegierten und einer des Demokratischen Frauenbunds Deutschlands (DFD) nach Moskau – vermutlich war dies die erste unabhängige Frauendelegation dorthin. Die Frauen reisten auf Einladung des Antifaschistischen Frauenkomitees nach Moskau. Sie wollte angesichts des Rüstungswettlaufs in den friedenspolitischen Dialog mit den Frauenverbänden der UdSSR treten. Eine solche Delegation erregte Aufsehen, denn es war mitten im Kalten Krieg und des Antikommunismus. Hoppstock-Huth (IFFF) und Faßbinder (WFFB) waren dabei. Sie waren mehr denn je davon überzeugt, dass nur eine Verständigung zwischen Ost und West den Frieden sichern könnte.

Diffamierung als Kommunistische Tarnorganisation?

Das friedenspolitische Netzwerk der WFFB reicht in die USA, nach England, Frankreich, die Sowjetunion und nach Vietnam. Durch die weltanschauliche und politische Offenheit und die Distanzierung vom Denken in politischen Blöcken und die Kontakte zu Frauengruppen in anderen auch kommunistischen und sozialistischen Ländern sahen sich die Mitglieder der WFFB immer wieder dem Vorwurf ausgesetzt, kommunistisch unterwandert zu sein. Sie wurden vom Verfassungsschutz beobachtet, polizeilich überwacht, ihre Häuser und Wohnungen untersucht. 1953 erschien eine vom Verfassungsschutz herausgegebene Liste über politisch Tarnorganisationen, auf der auch die WFFB verzeichnet war. In Rheinland-Pfalz wurde die WFFB verboten. Das Verbot musste nach einem viereinhalbjährigen Prozess gegen das Land Rheinland-Pfalz aufgehoben und die WFFB rehabilitiert werden. Klara Marie Faßbinder, die selbst unter Diskriminierungen zu leiden hatte, schrieb dazu in ihrer Autobiografie: „Über den Velberter Kongreß und die erste Zeit der Entwicklung habe ich in einem Heft ‚Das Geheimnis von Velbert‘ geschrieben und dabei versucht, die Verleumdungen als ‚Tarnorganisation‘, ‚östlich gesteuert und finanziert‘, zu widerlegen. Diese ein Produkt der merkwürdigen Geisteshaltung in der Bundesrepublik, als ob es undenkbar sei, daß irgendein biederer Bundesbürger einen selbständigen politischen Gedanken haben könne. Entweder

muß er ihn von Adenauer oder von Ulbricht entliehen haben!“⁵ Die politische Verfolgung von Klara Marie Faßbinder selbst liest sich wie eine Kriminalgeschichte und kann in diesem Zusammenhang leider nicht vollständig ausgebreitet werden.⁶ In ihrem Bemühen um die deutsche Wiedervereinigung und die Heimkehr der Kriegsgefangenen wollte sie ihre Kontakte zu Politikern aus der DDR und der Sowjetunion nicht aufgeben. Dies machte Faßbinder in der vom Antikommunismus geprägten Atmosphäre des Kalten Krieges des Kommunismus verdächtig. Sie dachte immer wieder, sich durch die Beteuerungen, dass sie eine stets gläubige Christin gewesen sei, vom Verdacht des Kommunismus und der Finanzierung von kommunistischer Seite freihalten zu können. Es verwundert nicht, dass ihr auch von Christen oft raffinierte Tarnung vorgeworfen wurde. Wenn sie nicht wegen ihrer "Ostkontakte" diffamiert wurde, dann weil sie sich "als Zugpferd für böse Absichten" ausnutzen ließ. Also entweder selbst böswillig oder naiv genug, um sich für böswillige Absichten missbrauchen zu lassen. Eigenes Denken wurde ihr nicht zugetraut. Sie selbst sagte auf die Frage nach ihrer politischen Haltung: "Ich bin keine Kommunistin...Ich bin aber auch keines sture Antikommunistin. Ich halte den undurchdachten Antikommunismus für eine der größten Torheiten unserer Zeit".⁷ Faßbinder hatte sich ständig gegen Diffamierungen zu wehren, distanzierte sich aber nie von den Kommunistinnen, mit denen sie zusammenarbeitete. Die WFFB erhoffte sich durch ein besseres Verhältnis zu den östlichen Nachbarländern und der DDR, mehr gegenseitiges Verständnis mit dem Ziel der friedlichen Wiedervereinigung.

Schwer, mitunter unmöglich war es, die zunehmende Ost-West-Konfrontation, die sich im Zeichen des „Kalten Kriegs“ verschärfte, zu überwinden. Staatliche Repressionen waren immer wieder die Antwort auf die antimilitaristische Haltung auch von anderen Frauen und Frauengruppen.

Die Themen ändern sich

Die Tatsache, dass Ende 1953 die ersten nuklearen Raketen aus den USA in Westdeutschland eintrafen, die Änderung des Grundgesetzes, die Verabschiedung der Wehrgesetze und die damit verbundene Wiederbewaffnung Deutschlands und die Einführung der Wehrpflicht für alle jungen Männer im März 1956 waren harte Schläge für die Frauenfriedensbewegungen. In den folgenden Jahren waren es die atomare Aufrüstung

⁵ Klara Marie Faßbinder: *Begegnungen und Entscheidungen*, Darmstadt 1961, S. 170.

⁶ Sie hierzu Gisela Notz: *Klara Marie Fassbinder and Women's Peace Activities in the 1950s and 1960s*, in: *Journal of Women's History*, Vol. 13 No. 3 Autumn 2001, page 98-123.

⁷ Siehe z. B. das dpa-Interview im *Generalanzeiger Bonn* vom 4.7.1952.

und das Wett- und Nachrüsten, die Unterstützung der kriegsdienstverweigernden Söhne, die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten und der Krieg in Vietnam, die die Arbeit der WFFB in Anspruch nahmen. Als es im Frühjahr 1958 im Bundestag um die atomare Aufrüstung ging, bildeten sich sofort Komitees gegen diese Ausstattung. Die Bundesregierung wurde auch von der WFFB aufgefordert, das atomare Wettrüsten nicht mitzumachen und eine Politik der Entspannung zu betreiben. Hunderttausende von Menschen gingen für die Forderungen auf die Straße. Die Opposition verlief im Sande. Trotz der vielen Proteste beschloss stimmte der Bundestag im März 1958 der atomaren Aufrüstung zu. Statt der Wiedervereinigung im Oktober 1961 die Berliner Mauer fertiggestellt. 1965 organisierte die WFFB in der BRD die erste große Vietnamveranstaltung. An Themen fehlte es also nicht. Nachdem 1974 die Zeitschrift *Frau und Frieden* eingestellt worden war, löste sich auch die WFFB auf. Einige ihrer Mitglieder zogen sich aus Altersgründen zurück, einige jüngere gründeten 1976 die Demokratische Frauen-Initiative (DFI) mit und manifestierten damit ihre Vorstellungen einer neuen außerparlamentarischen, aber links-politischen Frauenfriedensorganisation, die die Friedenspolitik nicht als einzige verbindende Klammer hatte, sondern für viele relevanten frauenpolitischen Themen und für junge Frauen offen war. Ohne die Organisationen, die, wie die WFFB und die IFFF, in den schwierigen Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg und während der Frühzeit des Kalten Krieges die Tradition der deutschen Frauenbewegung fortgeführt haben, hätte eine neue deutsche Frauenbewegung wesentlich schlechtere Startchancen gehabt. Als Teil der Nachkriegs-Friedensbewegung können sie als Bindeglieder zwischen der *Alten* und der *Neuen* Frauenbewegung bezeichnet werden, auch wenn sie von den meisten Feministinnen später nicht mehr als solche anerkannt wurde.⁸

Die Neue Frauenbewegung - Frauen für den Frieden

Die Themen der Frauenfriedensbewegung hatten sich auch nach Auflösung der WFFB in den 1970er und 1980er Jahren nicht erübrigt. Die IFFF entwickelte gemeinsam mit zahlreichen anderen Frauen- und Friedensorganisationen Aktivitäten gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluss vom Dezember 1979. Sie trug auch die Kampagne „Frauen in die Bundeswehr – wir sagen Nein!“

Die letzte Phase des Kalten Krieges, die sich zwischen 1979 und 1989 abspielte, kann als Rückkehr zur Konfrontation bezeichnet werden. Die Fronten zwischen USA und Sowjetunion verhärteten sich. Die Sowjetunion marschierte in Afghanistan ein. Die Bevölkerung zweifelte

⁸ Vgl. Irene Stoehr: "Feministischer Antikommunismus" und weibliche Staatsbürgerschaft in der Gründungsdekade der Bundesrepublik, in *Feministische Studien* 1 (1998), S. 86.

angesichts des möglichen Zerstörungspotentials an der Taktik der Abschreckung. Auch auf internationaler Ebene kam es zu einer Krise der Entspannungspolitik. Anfang der 1980er formierte sich die Frauen-Friedensbewegung gegen zunehmende Militarisierung, Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr und beabsichtigte Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa neu. Sie fand einen breiten Zuspruch in der Gesellschaft und brachte viele Menschen auch auf die Straße.

In Westberlin und der Bundesrepublik entstanden fast hundert neue Frauenfriedensgruppen zwischen dem Kongress der Frauenzeitschrift Courage im Jahr 1979 gegen Atom und Militarismus, an dem etwa 800 Feministinnen sich kollektiv Wissen über die Nukleartechnologie aneigneten und dem Appell der Anstiftung der Frauen für Frieden vom 27. Februar 1980 sowie der Umweltfrauenkonferenz in Kopenhagen im Juni 1980. Ermuntert wurden sie durch den in der taz abgedruckten Appell skandinavischer Frauen zur Abrüstung zwischen den Supermächten, die als autonome Frauen-Friedensgruppen eine Vielzahl von Aktionen und Kampagnen insbesondere gegen den atomaren Rüstungswettlauf in Ost und West initiieren.

Die Gründerin der Frauen für den Frieden, Eva Quistorp, organisierte mit anderen Frauen in West-Berlin ein Frauen-Plenum, das die Akademie der Künste füllte mit Susanne von Pacenzky und Peggy Parnass, Sophie Behr u. a. und zur Nachbereitung des Friedensmarsches 1981 Kopenhagen-Paris. Aus diesem Treffen entstand die Gruppe Frauen für den Frieden. Es sollten mehrere Friedensmärsche quer durch Europa stattfinden. Eine Wegstrecke von Berlin nach Bremen sollte auch durch die DDR führen, was von den DDR-Behörden nicht erlaubt wurde.

Viele friedenspolitisch bewegte Frauen forderten bei diesen Aktionen, einen erweiterten Friedensbegriff einzuführen. Denn auch, wenn offiziell Frieden herrscht, leiden insbesondere Frauen durch strukturelle Diskriminierung und gesellschaftlich akzeptierte Gewalt gegen Frauen unter Gewalterfahrungen im Alltag und damit unter Abwesenheit von Frieden. Tatsächlicher Frieden bedeutet, so das Anliegen, für Frauen in einer patriarchal geprägten Welt etwas anderes als für Männer.

1982 wurde ein internationaler „Frauen-Friedensmarsch '82 Berlin-Wien“ von Frauen für den Frieden von Berlin aus geplant, vorbereitet und organisiert von Frauen aus dem Berliner Frauenzentrum Stresemannstraße. Bundes- und europaweit wurde der Friedensmarsch von Eva Quistorp aus dem Koordinierungsausschuss in Bonn und dem European Liaison Committee und END unterstützt. Ellen Diederich und die Sängerin und Friedensaktivistin aus

den 1950er Jahren Fasia Jansen aus dem Ruhrgebiet begleiteten während der sechswöchigen gewaltfreien Aktion den Friedensmarsch '82 bis Wien, wo sie von der unvergessenen Frauenministerin Johanna Dohnal empfangen wurden.

Der Aufruf der Frauen „Für ein Atomwaffenfreies Europa in Ost und West“ war Programm und Vision zugleich. Der Friedensmarsch (1200 km) gegen Krieg und Gewalt und gegen Umweltzerstörung, schloss ab mit dem „Wiener Appell“ der Frauen für den Frieden und der Donaufrauen, einem Empfang im Bundeskanzleramt in Wien, einem Friedens-Camp und einer großen Abschlusskundgebung, an der mehrere zehntausend Menschen teilnahmen. Eine internationale Frauen-Friedenskonferenz in Wien und der internationalen Widerstandstag der Frauen für Frieden am 17. Oktober 1983 schlossen sich an.

Frauen für Frieden waren (durch Eva Quistorp) in der Geschäftsführung des Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung führend bei der Organisation der großen Bonner Friedensdemonstrationen 1981–1983 und vieler anderer Aktionen beteiligt.

Die Friedensdemonstration im Bonner Hofgarten 1981 stand unter dem Motto Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen. Etwa 300.000 Menschen demonstrierten gegen den NATO-Doppelbeschluss. Petra Kelly von Frauen für den Frieden zählte zu den Rednerinnen.

Am 10. Juni 1982 war Ronald Reagan, damals US-Präsident aus den USA zum Nato Gipfel nach Bonn gekommen. Rund 400.000 friedensbewegte DemonstrantInnen, die gegen die Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen in Deutschland protestierten und für die „Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa“, waren schon da. Es war eine der größten Demonstrationen in der Geschichte der BRD. Die DemonstrantInnen warnten unter dem Motto „Aufstehen für den Frieden“ vor der Gefahr eines erneuten Rüstungswettlaufs zwischen den Supermächten und forderten die Rücknahme des Nato-Doppelbeschlusses.

Dorothea Sölle, feministische Theologin und Friedenskämpferin war eine der Hauptrednerinnen.

Trotz dieser Proteste billigte der Bundestag nach einem Regierungswechsel im Oktober 1982 unter Führung der dann regierenden CDU/FDP-Koalition mit knapper Mehrheit die Stationierung der Pershing-II-Raketen in der Bundesrepublik Deutschland. Am 22. Oktober 1983 kam es zu einem Höhepunkt des Protestes: In Hamburg, West-Berlin und anderen Großstädten fanden Demonstrationen statt. Insgesamt beteiligen sich bundesweit etwa 1,3 Millionen Menschen. Die 500.000 WienerInnen, die auch demonstrierten, sind nicht mitgerechnet. Die Hauptkundgebung fand in Bonn statt. Dort waren rund 200.000 Menschen. 16 RednerInnen, darunter Petra Kelly und Friedensfrauen Großbritannien und Italien wandten sich gegen die Stationierung der Raketen. Trotz aller Proteste erreichte die Friedensbewegung

ihr Ziel nicht: Als die Abrüstungsverhandlungen in Genf scheiterten, stimmte der Bundestag im November 1983 mit den Stimmen der Union und der FDP für die Stationierung der US-Raketen.

Es gab noch viele andere zum Teil phantasievolle Proteste und Aktionen. An vielen war ich selbst beteiligt. Ich würde mit Euch gerne darüber und über den außerparlamentarischen Protest und seine Wirksamkeit diskutieren. Auch das ist heute aktueller denn je. Schade, dass das heute nicht möglich ist.